

Berner Politik

Geschwätz von gestern

Magdalena Martullo*
über Wendehäule
in der Politik



Der Angriff auf die Ukraine forderte bereits Tausende Todesopfer, trieb einen Viertel der Ukrainer in die Flucht und legte ganze Städte in Trümmer. Westliche Politiker sehen sich mit Kriegsrisiken, Wirtschaftsabschwung, Nahrungsmittelpreisen und steigenden Energiekosten konfrontiert. Von den täglichen Emotionen der sensationslüsternen Medien getrieben, reagieren sie. Ohnmächtig, das Grauen zu verhindern, verfallen sie (wie schon bei Corona) in einen Pseudo-Aktivismus. Täglich beschliessen sie Aktionen und hoffen, den Druck abzuwenden. Statt Analysen und Lösungen erlassen sie Schnellschüsse, die sie, meist über Twitter, absetzen. Laufend neue Sanktionen werden verkündet, oft aber nicht umgesetzt. Später schieben die Länder Listen mit Ausnahmen nach.

In der schnelllebigen Medienwelt gilt die Ankündigung einer Massnahme bereits als Umsetzung. Eine Ausnahme ist die Schweiz, die jede Ankündigung der westlichen Länder

genau umsetzt. Die Schweiz hat von allen Ländern am meisten Sanktionen gegen Russland umgesetzt! Und sie kontrolliert sie als einziges Land auch schon!

Der politische Kompass ist ausgeschaltet. Profilierte sich US-Präsident Biden im Wahlkampf damit, sich aus Militäreinsätzen zurückzuziehen, ist er jetzt ein gigantischer Waffenlieferant. Seiner Partei waren die Öl- und Gasförderungen zu umweltbelastend, nun werden sie mit staatlichen Mitteln ausgebaut. Auch die neue deutsche Regierung hat erstaunliche Kehrtwenden vollzogen. Als Pazifistin gross geworden, präsentiert sich die grüne Aussenministerin Baerbock mit Schutzhelm und ruft zu militärischen Aktionen auf. Ihr grüner Kollege sucht verzweifelt nach Gas und Öl, obwohl sein Parteiprogramm den sofortigen Ausstieg verlangt. Vom FDP-Finanzminister hört man zu den gesprochenen Milliardenbeträgen nichts. Der wiedergewählte Präsident Macron verbilligt Benzin, statt es zu verteuern, und von der Idee Europas Emanzipation von Amerika ist nichts geblieben.

Auch die Schweizer Politiker drehen Pirouetten. Die linke Bundesrätin Sommaruga muss dringend Gas einkaufen. Die SP fordert als ewige Militärabschafferin, die Schweiz solle sich den neuen EU-Kampfgruppen anschliessen. Nach jahrzehntelanger Kritik loben sie

die USA, während Nationalrat Molina heimlich als Präsident der parlamentarischen Gruppe Russland-Schweiz zurücktritt. Die Ideologie des Sozialismus und die Liebe zur ehemaligen Sowjetunion vergisst man bei der SP schnell. Forsch forderten die Grünliberalen nach dem Angriff, die Schweiz solle der Nato beitreten. Auch die FDP will unsere Soldaten im Ausland kämpfen lassen. Die ehemals christliche Mitte fordert Waffenlieferungen in Kriegsgebiete. Die Grünen wollen die (von ihnen eigentlich gewünschten) hohen Energiekosten senken, indem sie Skilifte abstellen und autofreie Sonntage einführen. Die SVP verteidigt derweil ihre seit Jahrzehnten verfolgte Politik der Neutralität, einer starken Verteidigungsarmee, Selbstversorgung bei der Landwirtschaft und in der Energie-Versorgung – und wird als Putinfreund abgekanzelt. Besorgniserregend ist die Unfähigkeit der Politik, vorauszudenken. Ja – Sicherheit, Unabhängigkeit und Selbstversorgung werden nicht in einem Tag geschaffen. Dafür sind Vorkehrungen nötig. Vorausschauendes, umsichtiges Handeln sollte den Wählerinnen und Wählern etwas wert sein.

* Magdalena Martullo ist SVP-Nationalrätin. In der Rubrik «Berner Politik» kommen die Bündner Mitglieder der eidgenössischen Räte abwechselnd zu Wort.